

(Abgeordneter Gettner.)

(A) Diese Finanzsorgen sind eben unserer Ansicht nach unbegründet gewesen, und die Haltung der Regierung ist in diesem Falle eine irrige gewesen. Sie ist mindestens insoweit nicht begründet gewesen, als sie geeignet war, in einer so eminent nationalen Frage, wie es die Erledigung der Wehrevorlage war, diese einer Gefährdung auszusetzen.

Nun hat der Herr Finanzminister neulich ausgeführt, die Opposition hätte erst eingeseht, nachdem die Wehrevorlage gesichert gewesen wäre, und auch der Herr Abgeordnete Dr. Hähnel hat heute betont, es wäre die Wehrevorlage bereits unter Dach und Fach gewesen. Meine Herren! Das ist eben der Irrtum. Das ist nur richtig, wenn man lediglich die äußeren Verhandlungen im Reichstagsplenium in Betracht zieht. Als dort die Deckungsvorlage zur Verabschiedung kam, war die Wehrevorlage bereits angenommen. Aber als die entscheidenden Kompromißverhandlungen stattgefunden haben, als es sich darum handelte, die Mehrheit für die Wehrevorlage und für die Deckungsvorlage zu sichern, da war die Wehrevorlage noch nicht angenommen. Und der Reichskanzler hatte absolut recht — und wenn der Herr Finanzminister das Gegenteil sagt, so muß er an dem Widerspruch gegenüber dem Reichskanzler scheitern —, der Reichskanzler hatte absolut recht, wenn er sagte, daß die Wehrevorlage damals äußerst gefährdet war.

(B) Es war deshalb damals die Aufgabe unserer Regierung, auch mitzumachen und mitzuwirken bei dem, was der Reichstag wollte, weil eben, nachdem die Konservativen die Erbanfallsteuer abgelehnt hatten, sich ein anderer Weg, eine Deckung herbeizuführen, nicht bot, und weil eben die Sicherung der Deckungsvorlage eine unbedingte Voraussetzung war für die Annahme der Wehrevorlage. Da können doch die Herren nicht immer wieder sagen, die Sache war unter Dach und Fach. An den Tatsachen muß diese Behauptung scheitern. Das, was ich gesagt habe, ist unbedingt richtig und unwiderleglich, und der Reichskanzler und sämtliche andere verbündete Regierungen haben das festgestellt.

Meine Herren! Aber selbst wenn es so gewesen wäre, würde ich trotzdem noch die Haltung der königlichen Staatsregierung bedauern müssen. Wir haben nie Zweifel daran gelassen, daß wir die Vermögenszuwachssteuer als keine ideale Lösung betrachten. Wir sind der königlichen Staatsregierung dankbar gewesen dafür, daß sie an der Erbanfallsteuer festgehalten hat, solange es irgend ging. Aber nachdem die Erbanfallsteuer nicht mehr durchsetzbar war, was wurde uns denn da geboten? Dazu hat der Herr Finanzminister hier früher gesagt, das, was geboten würde, wäre das kleinere Übel gewesen, und er hat das in der Hauptsache begründet mit Sorgen für die Zukunft.

Da wird immer Bezug genommen — der Herr Abgeordnete Dr. Spieß hat das eben auch wieder getan — auf die Rede des Abgeordneten Südekum im Reichstag. Meine Herren! Was der Abgeordnete Südekum sagt und was die sozialdemokratische Partei sagt, das ist doch nicht unbedingt maßgebend für den Gang der Entwicklung in Deutschland. Wann hat denn bisher die Sozialdemokratie einen derartigen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Reichsgesetzgebung gehabt, daß man bloß deswegen, weil ein sozialdemokratischer Abgeordneter einen solchen Ausspruch getan hat, nun unbedingt sagen muß: wenn ihr diesen Schritt tut, dann müssen unbedingt andere Schritte folgen? Nein, meine Herren, das ist nicht richtig, und es handelt sich eben doch nur darum, ob denn wirklich das, was der Reichstag beschlossen hatte, das kleinere Übel war. Ist denn da nicht das richtig, was der Herr Finanzminister v. Rügen im Jahre 1907 hier gesagt hat? Meine Herren! Ich habe Sie schon einmal darauf hingewiesen, daß gerade von Sachsen aus der allerschärfste Widerstand gegen die Regelung in Aussicht gestellt worden war, die dann in der Regierungsvorlage vorgeschlagen wurde, und es bleibt ein Widerspruch innerhalb der Haltung der sächsischen Regierung zwischen damals und jetzt.

Meine Herren! Daß das keineswegs etwas Gutes gewesen ist, was damals die Regierung vorgeschlagen hat, dafür habe ich allerdings ein klassisches Zeugnis. Ich darf wohl jetzt und dann noch einiges vorlesen. (D)

(Präsident: Wird gestattet.)

In unserer Ersten Kammer ist gesagt worden:

„Wie war die Sache eigentlich? Die verbündeten Regierungen verlangten in ihrer Vorlage nicht nur eine Vorschrift, daß die Einzelstaaten die durch sie aufzubringenden Bedürfnisse durch eine Besitzsteuer decken sollten, sondern es sollten auch für den Fall, daß eine Einigung in den Einzelstaaten nicht zustande käme, die notwendigen Vorschriften zur Durchführung der Reichsgesetzgebung gegeben werden. Eine solche Gestaltung der Reichsgesetzgebung ist allerdings alles andere als eine gebührende Rücksichtnahme auf die Selbständigkeit der Bundesstaaten. Ich habe es nur zu begrüßen, daß diese Gestaltung gefallen ist.“

Und wer das gesagt hat, meine Herren, das war der Vizepräsident der Ersten Kammer, Herr Oberbürgermeister Dr. Bentler. Er hat allerdings hinzugesetzt, daß er der konservativen Partei dankbar sei, daß sie das zu Falle gebracht habe. Ich, meine Herren, kann mir nicht denken, daß ein Vorstandsmitglied der konservativen Partei des Reiches sich hier geirrt hat, er hat sich jeden-